Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2000)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Tätigkeitsbericht des Ratssekretariats und des Grossratsrevisorats^

Autor: Wissmann

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-544933

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

1. Tätigkeitsbericht des Ratssekretariats und des Grossratsrevisorats

1.1 Ratssekretariat

1.1.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Die Tätigkeit des Ratssekretariats im Berichtsjahr war mehrheitlich von erfreulichen, teilweise aber auch von belastenden Entwicklungen und Ereignissen gekennzeichnet. Erfreulich ist, dass in mehreren Aufgabenfeldern und bei verschiedenen Dossiers Fortschritte erzielt und gute Ergebnisse realisiert werden konnten. Die Haushaltsanierung schreitet voran. Mehrere Richterwahlen sind erfolgreich vorbereitet worden. Eine Studie attestiert der Justizkommission eine im Kantonsvergleich gute Vorbereitung; weitere Verbesserungen sind geplant. Die Oberaufsicht über die Geschäftsführung der verwaltungsunabhängigen Justizbehörden ist verbessert worden. Die Kommunikation des Grossen Rates mit der Justiz hat an Offenheit gewonnen. Verschiedene Projekte des Regierungsrates wurden oder werden einer Betrachtung durch Aufsichtskommissionen unterzogen: so die Neuordnung des Versicherungsportefeuilles, Kofina+ und die Gesamtkonzeption Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Das Projekt GRIS ist zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht worden. Das Projekt NEF 2000 hat einen wichtigen Schritt vorwärts getan: Ein Grundsatzentscheid des Grossen Rates zur breiteren Einführung ist gefällt, die parlamentarische Begleitung ist verstärkt worden. Im Bereich Parlamentsrecht sind Anstrengungen zu seiner Optimierung erkennbar (Vernehmlassungsvorlagen Gesetz über Finanzen und Leistungen sowie Teilrevision Parlamentsrecht). Die Arbeiten der beiden Kommissionen, die sich mit parlamentarischen Initiativen (VHKA bei Altbauten und Defizitbremse) zu befassen hatten, sind vorangekommen. Eine Kommission wurde inzwischen aufgelöst, nachdem sie ihre Aufgabe erledigt hatte. Drei heikle Volksabstimmungen wurden ohne öffentliche Kritik an den Abstimmungserläuterungen realisiert.
Eine Herausforderung für die Arbeit des Ratssekretariats sind folgende Entwicklungen: Auf den 1. Januar 2001 sind wesentliche Teile des Kantonalen Finanzkontrollgesetzes in Kraft gesetzt worden. Mit der Aufhebung von Artikel 45 Absatz 1 Buchstabe b des Grossratsgesetzes entfallen beim Ratssekretariat die Aufgaben des Grossratsrevisorats. Das Ratssekretariat leistete im Berichtsjahr einen Beitrag an die Vorbereitung der Umsetzung des neuen Gesetzes. Die Amtsleitung hat die Reorganisation der Finanzaufsicht des Kantons gefördert und mitgetragen. Die Aufhebung einer Kernaufgabe des Amtes führt allerdings zu einem Verlust an Sachverstand im Team des Ratssekretariats.
Das Ratssekretariat hatte im Berichtsjahr zwei Austritte und eine Kündigung zu verzeichnen. Mit Patrick Trees, Gabriela Wolfisberg und Marianne Weber verliert es drei ausgewiesene und anerkannte Kommissionssekretärinnen und -sekretäre. Das Kommissionssekretariat GPK wird seit dem 1. April 2000 durch Stefan Wiedmer, das der JUKO seit dem 1. Dezember 2000 durch Placida Grädel-Bürki wahrgenommen. Der Braindrain im Kommissionendienst gibt der Amtsleitung Anlass zu einer Überprüfung der Situation.

1.1.2 Kommissionssekretariate

1.1.2.1 *Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission (GPK)*

Im Berichtsjahr entfaltete die Geschäftsprüfungskommission wiederum umfangreiche Aktivitäten, die das GPK-Sekretariat mit 150 Stellenprozenten begleitete. Nebst wiederkehrenden Aufgaben wie die Vorberatung von Direktionsgeschäften, Berichten, Planungswerken und Eingaben bildeten die breitere Einführung von NEF 2000 und die Begleitung von Experten- bzw. Drittaufträgen die Schwerpunkte der Tätigkeit.
Die Kommission beriet insgesamt 29 Direktionsgeschäfte vor und führte drei Nachkontrollen zu Direktionsgeschäften durch. Zudem erklärte sich die GPK wiederum bereit, an der Stelle von Spezialkommissionen fünf kantonale bzw. interkantonale Erlasse vorzuberaten. Jährlich bzw. periodisch wiederkehrende Geschäfte, Berichte und Planungswerke wie der Informatikplan 2000–2003 des Regierungsrates, der Geschäftsbericht der BEDAG, der Bericht zur Situation im Nachrichtendienst, das Strassenbauprogramm 2001–2004 und erstmals auch der Investitionsrahmenkredit 2001–2004 für den öffentlichen Verkehr beschäftigten die Kommission das ganze Jahr hindurch.
Ein Schwerpunkt der Tätigkeit in der ersten Jahreshälfte bestand erneut in der Vorberatung der Verwaltungsberichte 1999 und den Vorbereitungsarbeiten zu den ganztägigen Verwaltungsbesuchen der Zentralverwaltung im Mai sowie der damit verbundenen Berichterstattung an den Grossen Rat. Die 1996 begonnene Kontrolltätigkeit im Bereich der dezentralen Verwaltung wurde weitergeführt mit Besuchen der Regierungsstatthalterämter La Neuveville und Erlach, die im September durchgeführt wurden.
Das Thema NEF 2000 begleitete die Kommission während des gesamten Berichtsjahres. Hervorzuheben sind die drei halbtägigen Anhörungen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus den Kantonen Solothurn, Wallis und Zürich, die Vorberatung des Berichts NEF 2000 des Regierungsrates mit Beizug eines externen Experten, die Erarbeitung einer Planungserklärung zuhanden der September-Session in Zusammenarbeit mit der FIKO und den Fraktionen der SVP, FDP und SP sowie die Vorbereitungsarbeiten zur Einsetzung der NEF-Umsetzungskommission.
Als besonders aufwändig erwiesen sich die von der Kommission in Auftrag gegebenen Expertenaufträge zum Direktionsgeschäft «Kofina+», der Gesamtkonzeption Lehrerinnen- und Lehrerbildung (GKL) sowie zur Auslegung des Gesetzes über ausserordentliche Lagen (ALG) im Nachgang zum Schadensereignis «Lothar». Zur Frage der Bildungsfinanzierung reichte die GPK eine Motion ein, die voraussichtlich in der April-Session 2001 behandelt wird.
Zur Erledigung seiner Aufgaben trat das Kommissionsplenum zu insgesamt 15 ganztägigen und 9 halbtägigen Sitzungen zusammen. Zudem traf sich die Kommission zu einem Lokaltermin zur Besichtigung von Schäden und Folgearbeiten des Sturms «Lothar». Zur Vorberatung von Direktionsgeschäften, Berichten, aufsichtsrechtlichen Anzeigen und Eingaben sowie weiteren Einzelthemen fanden insgesamt 53 Ausschuss-Sitzungen bzw. Besichtigungen vor Ort sowie zahlreiche Kurzsitzungen während den Sessionen statt, die vom Sekretariat vor- und nachbereitet wurden.

1.1.2.2 *Sekretariat der Finanzkommission (FIKO)*

Im Berichtsjahr gab es für das FIKO-Sekretariat 16 Plenumssitzungen vor- und nachzubereiten. Bei den grösseren Geschäften wie Voranschlag, Finanzplan, Staatsrechnung, Umsetzung Finanzkontrollgesetz und verschiedenen Direktionsgeschäften fanden zudem Ausschuss-Sitzungen statt. Unter anderem aus Kostengründen wurde der Aufwand für die Protokollierung dieser Ausschuss-Sitzungen allerdings auf ein Minimum beschränkt.

Das FIKO-Sekretariat setzte sich im Berichtsjahr aus einer Sekretärin und einem Protokollführer bei einem Beschäftigungsgrad von 80 respektive 20 Prozent zusammen. Zwei gegenläufige Faktoren führten zu einer neuen Aufteilung der Beschäftigungsgrade: Eine effiziente Handhabung der Protokollierarbeit führte dazu, dass der Beschäftigungsgrad des Protokollführers gesenkt werden konnte. Die frei gewordenen Beschäftigungsprozente konnten teilweise auf die Sekretärin übertragen werden, die infolge mehrerer ausserordentlicher Umstände einen gegenüber anderen Jahren erhöhten Arbeitsaufwand zu bewältigen hatte. Zu denken ist dabei an die Arbeiten in Zusammenhang mit der Petition Halt (Arbeiten für die FIKO), der Umsetzung des Finanzkontrollgesetzes (Mitarbeit in einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe) und in Zusammenhang mit der Einführung von NEF (Mitarbeit in verwaltungsinternen Arbeitsgruppen/Arbeiten für die FIKO).

1.1.2.3 *Begleitgremium NEF 2000*

Die parlamentarische Begleitung des Projekts NEF 2000 erfuhr im Berichtsjahr eine organisatorische Änderung. Der Grosse Rat fasste in der September-Session den Beschluss, das Begleitgremium NEF 2000 durch eine Umsetzungskommission NEF 2000 zu ersetzen. Im November setzte er die Umsetzungskommission ein. Das Ratssekretariat führte das Sekretariat des Begleitgremiums NEF 2000, betreute die Vorbereitung des Grossratsbeschlusses betreffend die Einsetzung einer Umsetzungskommission NEF 2000 und übernahm im November 2000 die Aufgaben des Sekretariats der Umsetzungskommission. Im Zentrum der Beratungen des Begleitgremiums standen das Planspiel NEF 2000, die breitere Einführung sowie die Wahrnehmung der Oberaufsicht unter NEF 2000. Die professionelle Wahrnehmung der neuen und anspruchsvollen Aufgabe Sekretariat Umsetzungskommission ist ohne einen gewissen Ausbau der eigenen Dienste kaum zu bewerkstelligen.

1.1.2.4 *Sekretariat der Justizkommission (JUKO)*

Das Jahr 2000 wurde geprägt von mehreren Wahlgeschäften, die durch die JUKO und ihr Sekretariat vorzubereiten waren. Beim Obergericht waren drei Mitglieder und vier Ersatzmitglieder zu ersetzen. Beim Verwaltungsgericht war die Wahl eines Mitglieds und des Verwaltungsgerichtspräsidiums per 1. Januar 2001 zu veranlassen. Zudem musste in den Enteignungsschätzungskommissionen Kreis 1 und Kreis 5, der Rekurskommission für fürsorgerische Freiheitsentziehungen und der Bodenverbesserungskommission je ein Mitglied ersetzt werden. Für das Sekretariat gestaltete sich die erstmalige Besetzung des Schiedsgerichts für Sozialversicherungsstreitigkeiten gemäss EG KUMV sehr aufwändig. Von den 46 Fachrichterstellen konnten zwei noch nicht besetzt werden.
Das Sekretariat war zuständig für die Vorbereitung und Durchführung der Umfrage bei allen Kantonen zum Thema «Vorbereitung von Richterwahlen – Evaluation von amtierenden Richterinnen und Richtern». Die Ergebnisse der Umfrage wurden von Frau PD Dr. R. Kiener in einem wissenschaftlichen Bericht ausgewertet und Ende Juli der JUKO vorgelegt. Im gesamtschweizerischen Vergleich schneidet das im Kanton Bern angewendete Verfahren gut ab. Die aufgezeigten Verbesserungsmöglichkeiten sind z.T. bereits realisiert worden oder sind in Vorbereitung. Gestützt auf den Bericht hat die JUKO entschieden, sich gegen eine lohnwirksame Leistungsbeurteilung der Richterinnen und Richter einzusetzen.
Die JUKO beriet die Geschäftsberichte der obersten kantonalen Gerichtsbehörden und des Generalprokurators vor und besuchte diese Behörden. Über ihre Erkenntnisse erstattete sie dem Grossen Rat Bericht. Die von der JUKO beaufsichtigten verwaltungsunabhängigen Gerichtsbehörden werden als Versuch neu von Inspektorinnen und Inspektoren des Amtes für Betriebswirtschaft und Aufsicht der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion besucht. Bis Ende 2001 sollten alle diese Behörden einmal inspiziert worden sein. Die gestützt auf diese Besuche erstellten Berichte werden der JUKO zugestellt.
Die JUKO und das Sekretariat haben mehrere Erlasse, die ihnen von der Präsidentenkonferenz zugeteilt worden sind, zuhanden des Grossen Rates vorberaten.
Erstmals beschäftigte sich die JUKO mit NEF 2000. Die Kommission ist in der Umsetzungskommission NEF und in deren Lenkungsausschuss vertreten.
Per 1. Dezember 2000 erfolgte ein Wechsel im Sekretariat der JUKO. Die bisherige Sekretärin, Frau Gabriela Wolfisberg, Fürsprecherin, hat ihre Stelle nach zweijähriger Tätigkeit gekündigt. Ihre Nachfolgerin ist Frau Placida Grädel-Bürki, lic. iur.

1.1.2.5 *Weitere Kommissionssekretariate*

Das Ratssekretariat unterstützte zwei Kommissionen, die zur Vorberatung von parlamentarischen Initiativen eingesetzt worden waren (siehe Ziff. 1.1.4).

1.1.3 **Beratung, Unterstützung, Information und Dokumentation**

1.1.3.1 *Beratung/Unterstützung*

Rechtsberatung, Beratung
Auch im Jahr 2000 hatte das Ratssekretariat verschiedene Beratungsaufträge zu erledigen. Einmal mehr ging es in erster Linie um Vorstoss-, Auftrags- und Vorgehensberatungen.

Parlamentsrecht
Das Büro des Grossen Rates entschied am 18. November 1999, eine Teilrevision des Parlamentsrechts zu initialisieren. Eine Arbeitsgruppe der Staatskanzlei unter der Leitung des Ratssekretärs bereitete die Vorlagen vor. Die vorgeschlagene Revision ist keine grundsätzliche Parlamentsreform. Sie zielt auf punktuelle Verbesserungen der Grossratstätigkeit. Formal betrachtet hat die Revision drei Schwerpunkte: Die Erledigung hängiger Rechtsetzungs- und Berichterstattungsaufträge des Grossen Rates, die Behebung kleiner Schwachstellen der Grossratsgesetzgebung und die Erfüllung eines Überprüfungsauftrags gemäss Artikel 12 Absatz 2 des Grossratsgesetzes. Das Büro des Grossen Rates gab am 18. Dezember 2000 grünes Licht für die Durchführung einer Vernehmlassung.

Abstimmungserläuterungen
Die Stimmberechtigten des Kantons Bern konnten im Berichtsjahr über vier Abstimmungsvorlagen entscheiden: Steuergesetz (Hauptvorlage und Eventualantrag), Stilllegung AKW Mühleberg und Treibstoffverbrauchsinitiative. Das Ratssekretariat leistete einen namhaften Beitrag an die Arbeiten der Arbeitsgruppe Abstimmungserläuterungen und des Büros und damit an das Entstehen der Produkte.

Vorstossantworten
Ein Vorstoss (1999: 6) wurde für das Büro des Grossen Rates vorbereitet.

Grossratsinformationssystem (GRIS)
Die Realisierung des Informatikprojekts GRIS konnte zu Beginn des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Es trat damit in die Betriebsphase. Das Lösungskonzept konnte in weiten Teilen umgesetzt werden. Auf Grund ausgewiesener Bedürfnisse wurde mit Zustimmung des Büros eine Homepage für Ratsmitglieder realisiert, die ursprünglich nicht vorgesehen war. Der Projektkredit wurde eingehalten. Mit Beginn der Betriebsphase ging die verwaltungsinterne Verantwortung für GRIS vom Ratssekretariat an das Amt für Infor-

mation über. Das Ratssekretariat ist weiterhin die Verbindungsstelle zwischen Grossem Rat und GRIS-Administration.

1.1.3.2 *Information/Dokumentation*

Im Jahr 2000 wurden vom Informations- und Dokumentationsdienst insgesamt 667 Aufträge (+ 7% gegenüber dem Vorjahr) erledigt. Während den Sessionen wurden 333 Aufträge (50%) eingereicht.
63 Prozent aller Aufträge stammen von Ratsmitgliedern, 27 Prozent von Dritten (Parteisekretariate, andere Kantone, Medien, alt Ratsmitglieder usw.) und 10 Prozent von der Verwaltung. Das Ratssekretariat betreut neu den elektronischen Briefkasten des Grossen Rates («Kontakte»). Immer wieder wenden sich Internet-Benützerinnen und -Benützer mit Informationsanliegen an den Grossen Rat.

1.1.3.3 *Organisation von Anlässen und Umfragen*

Das Ratssekretariat unterstützte administrativ die überparteilichen, grossrätlichen Gruppen (insbesondere Kulturgruppe, Gruppe Gesundheits- und Fürsorgewesen, Gruppe Agenda 21) bei der Durchführung von Mittagsveranstaltungen.
Zum Thema «NEF 2000» konnte das Ratssekretariat in den Monaten Juni und Juli in enger Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion und dem Begleitgremium NEF 2000 das dreiteilige Planspiel für den Grossen Rat zwecks Erprobung des Steuerungsmodells NEF SOLL organisieren. Im Anschluss daran fand im August die Informationsveranstaltung zum «Bericht NEF 2000 des Regierungsrates: Abschluss der Versuchsphase und breitere Einführung» statt.

1.1.4 Parlamentarische Initiativen

Das Ratssekretariat unterstützte im Berichtsjahr die Arbeiten von zwei Kommissionen, die zur Prüfung von parlamentarischen Initiativen eingesetzt worden waren. In beiden Fällen gestalteten sich die Arbeiten recht aufwändig und anspruchsvoll.
Parlamentarische Initiative 220/98 Portmann betreffend «Aufhebung der verbrauchsabhängigen Heizkostenabrechnung bei Altbauten»
In der Januar-Session 1999 hatte das bernische Kantonsparlament eine parlamentarische Initiative überwiesen, welche die Abschaffung der VHKA bei Altbauten verlangt. Die Kommission konnte ihre Arbeiten im Berichtsjahr abschliessen. Der Grosse Rat hiess in der Juni-Session in 2. Lesung eine Änderung des Energiegesetzes gut. Die Änderung trat am 1. Januar 2001 in Kraft.
Parlamentarische Initiative 243/98 Bolli Jost betreffend «Defizitbremse»
Die Kommission verabschiedete am 20. Dezember 2000 nach rund anderthalb Jahren Arbeit ihren Antrag an den Grossen Rat. In der November-Session 1998 hatte Grossrätin Bolli Jost eine parlamentarische Initiative eingereicht, mit der sie die Verankerung einer Defizitbremse in der Kantonsverfassung verlangte. Der Grosse Rat erteilte der Initiative im Januar 1999 die vorläufige Unterstützung. Die vorberatende Kommission hatte im Juni des Berichtsjahres eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung geschickt. Der Grosse Rat und die Stimmberechtigen des Kantons Bern werden sich im Jahr 2001 mit der Vorlage befassen können.

1.2 Grossratsrevisorat

Die Tätigkeit des Grossratsrevisorats konzentrierte sich im Jahre 2000 schwergewichtig auf die Beurteilung der Zahlen der Staatsrechnung 1999 und den Voranschlag 2001. Im Berichtsjahr hat der Grossratsrevisor zudem verschiedene Aufträge der Finanzkommission im beratenden Bereich wahrgenommen. Zusätzlich hat er die Finanzkommission über die Entwicklung der Pendenzensituation in der Steuerverwaltung regelmässig informiert. Der Grossratsrevisor führte ferner eine umfassende Review der Tätigkeit der Finanzkontrolle durch und gelangte dabei zu einer positiven Gesamtbeurteilung. Am 1. Januar 2001 wurde das neue Finanzkontrollgesetz vollumfänglich in Kraft gesetzt. Im Hinblick darauf erfolgten diverse Koordinationsarbeiten, um einen geordneten Übergang vom dualen ins monistische System sicherzustellen.
Die Aufgaben des Grossratsrevisorats werden in Zukunft durch die Finanzkontrolle wahrgenommen. Dabei wird die Finanzkommission in Zukunft von der Finanzkontrolle über die massgebenden Ergebnisse ihrer Prüfungen direkt informiert. Ferner kann die Finanzkommission im Rahmen einer Leistungsvereinbarung auf zusätzliche Dienstleistungen der Finanzkontrolle zurückgreifen. Die Qualität der Arbeit der Finanzkontrolle und deren Buchführung wird neu durch eine externe Revisionsstelle beurteilt.

Bern, 8. Januar 2001

Der Ratssekretär: *Wissmann*